

Sehr geehrte Damen und Herren,

1. Ich hatte am 07.03.2019 in der Bauausschuss-Sitzung nach der Veröffentlichung des Generalentwässerungsplans gefragt. Frau Dzikowski antwortete, dass „der Generalentwässerungsplan aktuell digital aufgearbeitet wird und nach Fertigstellung online zur Verfügung stehen wird.“

Inzwischen weiß ich, dass dieser nicht nur digital aufgearbeitet, sondern auch inhaltlich massiv verändert wird.

Um mich über verschiedene Gutachten, die Grundlage dieser Planungen sind, zu informieren, hatte ich am 21.11.2019 um Akteneinsicht gebeten. Nach mehreren Erinnerungen wurde mir nun ein Termin ab dem 10.02.2020 in Aussicht gestellt.

Ich frage, warum ich fast ein Vierteljahr darauf warten muss?

2. Zu dem Planungspapier „Ausbau Mahlow Waldblick“ hatte ich um Auskunft gebeten, wer der Verfasser des Papiers ist. Herr Lippitz teilte mir mit, dass die Firmen LK Argus GmbH und AQUA-PLAN GmbH an der Erstellung des Konzepts beteiligt waren. Ich möchte also nach wie vor wissen, wer für die genannte Unterlage verantwortlich ist. Es sollte für Verwaltungsentwürfe eine Selbstverständlichkeit sein, den Verfasser darin zu benennen.

Selbst Mitarbeiter des Gemeindeplanungsamtes kannten weder den Inhalt noch den Verfasser. Sie hatten nur aus der Presse davon erfahren!

Aber das Planungschaos geht munter weiter:

Während in der Ausbauplanung für Waldblick vom 14. November 2019 die beiden Regenwasserbecken nicht mehr vorgesehen sind, erscheinen sie in der Haushalts-Satzung vom 19. Dezember 2019 in 2020 mit zusammen 285 T€! (Projekt T-MRRB 1/6 und 1/7)

Die Marienfelder Straße, deren Ausbau für 2021 und 2022 geplant ist erscheint mit Ausgaben von 1,621 T€ in den Jahren 2020 und 2021! (Projekt T-M104C)

Besonders bemerkenswert sind die Positionen 15 und 16 (Projekt T-M102A und T-M103). Hier erwartet man in 2021 430 T€ Einnahmen von den Anwohnern, ohne dass die beiden Straßen bis dahin ausgebaut sein werden!

3. Die Gemeindeverwaltung erarbeitet z.Zt. einen neuen Generalentwässerungsplan, der eine wesentlich stärkere Ableitung der Niederschläge aus dem Gemeindegebiet als bisher vorsieht. Die damit verbundene weitere Austrocknung unserer Böden stellt einen nicht unerheblichen Eingriff in die Natur dar.

Die Bauarbeiten für die vorgesehene Kanalisation in den Straßen bedeuten nicht nur eine CO₂-Belastung, sondern belasten den gemeindlichen Haushalt und den der betroffenen Anwohner.

Deshalb frage ich, ob eine Planung mit weitreichenden Auswirkungen von der Gemeindevertretung beraten und beschlossen werden muss, ehe sie von der Verwaltung als Grundlage für den weiteren Straßenausbau als gegeben vorausgesetzt wird.

Weil meine Fragen viele Einwohner interessieren, bitte ich Sie, diese Fragen schriftlich zu beantworten. Meine Fragen und die Antworten sind in den Niederschriften, wenn überhaupt, oft verkürzt und auch teilweise entstellt wiedergegeben.

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit